

Kurz berichtet

Hauk attackiert Amtskollegen im Norden

STUTTGART (tja) - Landwirtschaftsminister Peter Hauk (CDU) hat seinen niedersächsischen Amtskollegen Christian Meyer (Grüne) scharf kritisiert. Im Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ) sagt Hauk: „Wir büßen für die Lauheit des Nordens.“ Das „Regime“ des neuen Gesetzes treffe alle Landwirte in Deutschland, obwohl vor allem Norddeutschland unter Überdüngung leide. „Jetzt müssen wir in Baden-Württemberg die Misere Niedersachsens mit ausbaden“, sagte der CDU-Politiker. Die Tierhaltung in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Teilen Westfalens habe sich über Jahrzehnte vom Landbesitz entfernt, kritisierte Hauk. „Dies ist die Ursache aller



Peter Hauk



Christian Meyer

heutigen Probleme mit Überdüngung. Dass Grünlandbauern im Hochschwarzwald darunter leiden sollen, erschließt sich hier keinem.“ Der Bundesrat hatte im März dem Bund-Länder-Kompromiss zu verschärften Düngeregeln zugestimmt. Niedersachsens Agrarminister Meyer hatte den Kompromiss mit ausgehandelt. Die Agrarexperten der FDP in den beiden Ländern verurteilten Hauks Vorstoß. „Was sich die ideologiegetriebenen Grünen ausgedacht haben, hat die Union mit ihrem Bundesagrarminister durchgewunken. Für dessen Handeln nun alle norddeutschen Landwirte verantwortlich machen zu wollen, ist schäbig“, sagte der FDP-Abgeordnete Friedrich Bullinger am Freitag in Stuttgart.

FOTOS: DPA

Landeslisten von 21 Parteien bei Bundestagswahl

STUTTGART (lsw) - Der Landeswahlausschuss hat die Landeslisten von 21 Parteien zur Bundestagswahl zugelassen. Das teilte Landeswahlleiterin Christiane Friedrich am Freitag in Stuttgart mit. 24 Parteien hatten sich beworben. Zwei Parteien hatten nicht die notwendigen 2000 Unterstützungsunterschriften eingereicht. Eine dritte Partei hatte ihre Landesliste kurzfristig zurückgenommen. Sieben Parteien sind im Bundestag oder in einem Landesparlament vertreten. Diese benötigen keine Unterstützungsunterschriften. Es handelt sich um CDU, SPD, Grüne, FDP, AfD, Die Linke und die Freien Wähler. Weitere zugelassene Parteien sind etwa die DKP und die NPD.

Wirbel um Politikmandat für Studentenvertreter

STUTTGART (lsw) - Eine von Grün-Schwarz geplante Änderung des Landeshochschulgesetzes sorgt für Wirbel. Die „Südwest Presse“ berichtete am Freitag, die Landesregierung wolle der im Jahr 2012 eingeführten Verfassten Studierendenschaft das politische Mandat und somit das Mitspracherecht bei politischen Themen entziehen. Es geht um diesen Passus, der im Gesetz gestrichen werden soll, wie das Wissenschaftsministerium bestätigte: „Im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben nimmt die Studierendenschaft ein politisches Mandat wahr.“ Ressortchefin Theresia Bauer (Grüne) wies aber am Freitag die Darstellung zurück, dass damit politische Handlungsfelder der Studenten beschnitten würden. „Wir streichen einen missverständlichen Begriff, keine Kompetenz.“

Anklage gegen Ehemann im Mordfall Hoßkirch

HOSSKIRCH (bbb) - Die Staatsanwaltschaft Ravensburg erhebt gegen einen 34 Jahre alten Mann aus Hoßkirch (Landkreis Ravensburg) Anklage wegen Mord. Er steht im Verdacht, Ende Februar seine damals 30 Jahre alte Ehefrau zu Hause erwürgt zu haben. Laut Staatsanwaltschaft hätten sich im Vorfeld Trennungsstreitigkeiten immer weiter zugespitzt. Der 34-Jährige soll die Leiche der Frau auf den Fahrersitz des Autos gesetzt und es vom Beifahrersitz auf ein Feld gesteuert haben, um einen Unfall vorzutäuschen. Dabei verletzte er sich schwer. Der Verdächtige bestreitet die Vorwürfe.

Polizei klärt schwere Einbruchserie auf

KEMPTEN (lsw) - Die Polizei hat eine Serie schwerer Einbruchdiebstähle aufgeklärt und zwei Männer im Alter von 27 und 39 Jahren festgenommen. Wie die Behörden am Freitag mitteilten, sollen die Männer Bargeld und Waren im Wert von rund 330 000 Euro gestohlen haben. Die Einbrüche fanden zwischen Oktober 2016 und März dieses Jahres in Parfümerien und Modegeschäften in Sonthofen (Landkreis Oberallgäu), Füssen (Landkreis Ostallgäu), in Würzburg und im baden-württembergischen Mengen statt.



ADAC rät: Am Wochenende besser zu Hause bleiben

Reisewilligen steht zu Beginn der Sommerferien laut dem ADAC und dem Autoclub ACE das staurächtigtste Wochenende des Jahres bevor. Im Südwesten müssten sich Autofahrer vor allem auf der A5 zwischen Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg sowie auf der A6 zwischen Mannheim, Heilbronn und weiter Richtung Nürnberg auf lange Wartezeiten einrichten. Auch die A8 von Karlsruhe bis Stuttgart, Ulm, München und Salzburg werde in beide Richtungen betroffen sein; ebenso wie die A81 in beide Richtungen zwischen Heilbronn und Stuttgart und weiter bis Herrenberg. Der ADAC empfahl, am ersten Sommerferien-Wochenende möglichst daheim zu bleiben. „Die Stausituation könnte an diesem Wochenende eskalieren“, hieß es. Für Kummer sorgen dabei im Südwesten auch zahlreiche Baustellen. (lsw) FOTO: DPA

Kritik an Landtagspräsidentin nimmt zu

Abgeordnete werfen Muhterem Aras vor, das Neutralitätsgebot ihres Amtes zu missachten

Von Katja Korf

STUTTGART - Ihre Berufung galt lange als genialer Schachzug der Grünen: Muhterem Aras ist seit mehr als einem Jahr Präsidentin des Landtags. Die Rechtsanwältin mit türkischen Wurzeln ist die erste Muslima an der Spitze eines deutschen Parlaments. Das brachte ihr und den Grünen ebenso wie dem Landtag mediale Aufmerksamkeit in Zeiten von AfD, Türkei-Krise und Flüchtlingsfragen. Doch nun gerät die Präsidentin unter Druck. Nach der SPD üben Abgeordnete der mitregierenden CDU-Fraktion Kritik.



Muhterem Aras FOTO: ROLAND RASEMANN

„Das Veranstaltungsprogramm und vor allem die öffentlichen Auftritte von Frau Aras jenseits der parlamentarischen Abende sind des öfteren schon allein von der Themenwahl her alles andere als parteipolitisch neutral. Ich schätze die Präsidentin als Aushängeschild einer offenen Gesellschaft. Das heißt aber nicht, dass sie sich nicht an Neutralitätsgebot ihres Amtes halten muss“, sagt der Allgäuer CDU-Abgeordnete Raimund Haser. Aras fehle das notwendige Fingerspitzengefühl. Als Parlamentspräsidentin soll Aras die Interessen des gesamten Landtags vertreten und diesen nach außen repräsentieren.

Auslöser der aktuellen Debatte ist eine Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung (LpB). Nur drei Tage vor den Bundestagswahlen am 24. September lädt die LpB zu einer Podiumsveranstaltung im Kreis Ludwigsburg. Unter dem Titel „Heimat neu denken“ soll Aras mit anderen Teilnehmern debattieren. Die

keine Auftritte in Schulen oder Ämtern absolvieren dürfen. „Aber unsere Präsidentin darf wenige Tage vor der Wahl noch offensichtlich politische Auftritte wahrnehmen? Das ist absurd.“

Spekulation um OB-Kandidatur

Ähnliche Kritik üben Fraktionskollegen, allerdings hinter vorgehaltener Hand. Die Zweifel an Aras seien durchaus unter den CDUlern verbreitet, heißt es. Aras verfolge keine überparteiliche, sondern ihre eigene Agenda. So sei ihre Veranstaltungsreihe „Wertsachen“ über die Werte der Demokratie zwar inhaltlich sinnvoll, aber doch sehr auf die Person Aras zugeschnitten. CDU-Abgeordnete spekulieren bereits, welches Amt Aras damit anstreben könnte – möglicherweise wolle sie den grünen Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn beerben. Allerdings warnen führende CDU-Vertreter vor zu viel Kritik an Aras. Sie erinnern daran, dass der heutige Justizminister Guido Wolf (CDU) 2014 Landtagspräsident war – und sich als solcher ins parteiinterne Duell um die Spitzenkandidatur begab. Das sei nicht durchweg mit der Neutralität des Amtes vereinbar gewesen.

AfD-Fraktionschef Jörg Meuthen sagt zu Aras: „Im Januar hat Frau Aras als Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg der „Südwest Presse“ gesagt: ‚Wir können es uns nicht leisten, 15 Prozent der Wähler an die AfD abzugeben, sie abzuschreiben und als rechtsradikal abzustempeln.‘ Damit erbringt sich eigentlich jede Frage nach ihrer Ausgewogenheit oder Überparteilichkeit und, wenn

wir ganz penibel sein wollen, auch ihrer Eignung für diesen Job.“

Nicht zufrieden sind Abgeordnete damit, wie Aras Landtagssitzungen leitet. Besonders im ersten Halbjahr ihrer Amtszeit wirkte sie mit den Debatten oft überfordert. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sagt dazu: „Sie hat nicht immer die Sitzungsleitung im Griff. Aber wenn ich ihre Amtsführung betrachte, halte ich ihr zugute: Sie bemüht sich darum, keine Fraktion zu bevorzugen.“

Parlamentspräsidentin

Als Parlamentspräsidentin hat Muhterem Aras (Grüne) zahlreiche Aufgaben. Sie leitet die Landtagssitzungen und hat das Hausrecht im Parlament. Damit darf sie nicht nur Abgeordnete zur Ordnung rufen oder sogar des Saales verweisen, sie kann auch Zuschauer mahnen. Außerdem muss sie vor und während der Debatten darauf achten, dass Anträge zulässig sind, Abgeordnete ihre Redezeiten und andere Vorschriften einhalten. Sie verwaltet den rund 81 Millionen Euro Etat des Landtags, leitet dessen Verwaltung und ist Chefin der Mitarbeiter. Zudem repräsentiert die Präsidentin das Landesparlament in der Öffentlichkeit. Sie muss ihr Amt parteipolitisch neutral erfüllen. Gewählt wurde sie vom Landtag in geheimer Abstimmung, ihr Stellvertreter ist der CDUler Wilfried Klenk. (tja)

TREUEPRÄMIE DER WOCHE:

Grillset (Grillhandschuh, Holzplanken, Grillbürste)

Nur für Abonnenten, die uns 10 Jahre und länger treu sind.

Die heutigen Gewinn-Nummern:

4160425
4049085
4154700

AboKarte 2017 Vergleichen Sie Ihre Kunden-Nummer

Bei Übereinstimmung einfach bis zum 02.08. anrufen oder mailen: 0751 2955-5555

Mo bis Fr von 7 bis 18 Uhr, Sa von 8 bis 12 Uhr
lesertreue@schwaebische.de

Schwäbische Zeitung

Schmuck als Gruppenidentität

Wissenschaftler präsentieren die neuesten Funde aus dem Hohle Fels

BLAUBEUREN (jon/epd) - Wissenschaftler der Universität Tübingen haben am Freitag im Urgeschichtlichen Museum (Urmu) in Blaubeuren (Alb-Donau-Kreis) die neuesten Perlen-Funde aus Mammutfelßen aus dem Hohle Fels bei Schelklingen (Alb-Donau-Kreis) präsentiert. Die Funde sind zwischen 36 000 und 42 000 Jahre alt und die ältesten Schmuckstücke aus der Jüngeren Altsteinzeit, die je gefunden wurden. „Schon vor 42 000 Jahren nutzten Menschen Schmuck als Ausdruck von Gruppenidentität“, erklärte Professor Nicholas Conard, der die Ausgrabungen im Ach- und Lonetal seit 1997 leitet. Die Funde seien in ihrer Machart bislang ausschließlich auf der Schwäbischen Alb gefunden worden.



Perlen aus Elfenbein im Urgeschichtlichen Museum Blaubeuren. Auch dieser Schmuck wurde in der Höhle Hohle Fels gefunden. FOTO: DPA

Die neuen Schmuckfunde sind mit 40 Stücken ungewöhnlich hoch. „Wir können nicht mit Gewissheit sagen, warum gerade jetzt so viele Funde gemacht wurden. Sämtliche Funde befanden sich in einer etwa zehn Zentimeter dicken Schicht. Es

könnte sein, dass die Perlen beispielsweise in einem Säckchen lagen, das vor Ort schlicht vergessen oder versteckt wurde. Aber das ist nur eine Mutmaßung“, erklärte Conard. Die archäologischen Ausgrabungen im Hohle Fels liefern jährlich faszinierende Fundstücke aus der Jüngeren Altsteinzeit. „Diese Schmuckstücke sind wichtig für die Entwicklung unserer Art: Neben Kunst und Musikinstrumenten dokumentieren sie als symbolische Artefakte die frühesten Schmuckfunde in dreidimen-

sionaler Formgebung aus Elfenbein. Sie unterstreichen die gemeinsame Kultur und soziale Einheit der Menschen im Ach- und Lonetal, die neue Formen systematisch produziert haben – eventuell als Ausdruck einer Konkurrenz-Situation zum Neandertaler oder als Reaktion auf die radikalen Umweltveränderungen in dieser Zeit“, sagte Nicholas Conard. So haben die Grabungsteams der Universität Tübingen in den Höhlen des Ach- und Lonetals über die Jahre Hunderte von doppelt durchloch-

Perlen aus Mammutfelßen geborgen. Sie sind in der Mitte verdickt und zu den Enden beidseitig abgeflacht. Die Lochungen entstanden durch das Bohren mit einem feinen Feuersteingerät oder durch wiederholtes Einschneiden. Die Perlen liegen in allen Stadien des Herstellungsprozesses vor, vom Rohling bis zum getragenen Stück.

Die Schwäbische Alb ist nach Einschätzung der Wissenschaftler eine Wiege menschlicher Kultur. Sechs Eiszeithöhlen im Ach- und Lonetal, darunter der Hohle Fels bei Schelklingen, waren jüngst von der Unesco zum Weltkulturerbe erklärt worden.

Die Funde können als „Funde des Jahres 2017“ noch bis Anfang Januar 2018 im Urgeschichtlichen Museum in einer Kabinetausstellung betrachtet werden. Die Originale werden mit Rekonstruktionen zu Funktions- und Trageweisen ergänzt.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Ländlingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markt, Metzingen, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)

Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller

Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser

Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener; Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo; Belagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch; alle 88212 Ravensburg, Karlsruferstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf

Redaktion Berlin: Sabine Lemnartz

Regionalsprecher Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler, Karlsstraße 16, 88212 Ravensburg, Telefon 0751 / 2955-0, Telefax 0751 / 2955-991499, Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139, Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm

Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer

Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt

Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann

Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer

Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Belagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokaldirektoren und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555, Telefax: 0751 / 29 555 556, E-Mail: aboservice@schwaebische.de, E-Mail: redaktion@schwaebische.de